



Regierungserklärung im Bundestag zur Corona-Krise Merkel warnt vor Rückschlag

In ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag bereitete Bundeskanzlerin Angela Merkel die Deutschen auf eine lange Dauer der Corona-Pandemie vor und betonte die Solidarität mit den EU-Partnern.

Die Bundeskanzlerin warnte dabei eindringlich vor einer vorschnellen Lockerung der pandemiebedingten Kontaktsperre. „Wir werden noch lange mit diesem Virus leben müssen“, sagte die Kanzlerin. „Lassen Sie uns das Erreichte nicht verspielen und einen Rückschlag riskieren!“

Angesichts der vielfältigen Einschränkungen existenzieller Bedürfnisse der Menschen sagte die Bundeskanzlerin: „Diese Pandemie ist eine demokratische Zumutung.“ Die Maßnahmen seien nur akzeptabel und erträglich, wenn die Gründe transparent und nachvollziehbar seien. In erster Linie komme es darauf an, das Gesundheitssystem nicht zu überfordern. Bisher halte es noch der Bewährungsprobe stand, doch der Zwischenerfolg bei der Verlangsamung der Infektionsge-



Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Regierungserklärung am Donnerstag. Foto: CDU/CSU/Tobias Koch

schwindigkeit sei „zerbrechlich“.

„Wir bewegen uns auf dünnstem Eis“, sagte Merkel. Deutschland sei noch lange nicht über den Berg. Deshalb dürfe man sich „nicht zu schnell in falscher Sicherheit wiegen“. Von den Menschen forderte sie weiterhin Ausdauer und Disziplin bei der Einhaltung der Kontaktbeschränkungen, von den Bundeslän-

Seite 2

Ode an die Freude im Bundestag mit Noten vom Musikverlag Rundel

In dieser schwierigen Zeit dürfen wir uns nicht nah sein, umso wichtiger ist Zusammenhalt. Dabei denke ich auch an die vielen Musikkapellen und Chöre, die jetzt nicht proben oder auftreten können.

Es ist eine schöne Geste vom Musikverlag Rundel aus Rot a. d. Rot, die einen kostenlosen Noten-Download für Lieder der Verbundenheit zur Verfügung stellen.

https://www.rundel.de/de/lieder_die_verbinden/c-340

Im Bundestag konnte Josef Rief mit einigen Abgeordnetenkollegen in gebotenen Abstand eines der Lieder anstimmen. Mit dabei v.l.n.r. Christian Haase, Astrid Grotelüsch, Ronja Kemmer, Lothar Riebsamen und Eckhardt Rehberg. Später stießen hinzu Axel Müller und Michael Donth. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

dem Zurückhaltung bei Lockerungen. Sie sehe es als ihre Pflicht an zu mahnen, betonte Merkel, denn: „Es wäre jammerschade, wenn uns die voreilige Hoffnung am Ende bestraft.“

Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, stellte die Verantwortung der Politik für die Gesundheit der Menschen in den Mittelpunkt. Man könne vieles korrigieren, sagte er: „Was wir nicht korrigieren können, ist der Verlust eines Menschenlebens.“ Forderungen nach einem Ende der persönlichen Einschränkungen widersprach er: Es sei „zu eindimensional, das große Lied der individuellen Freiheit zu singen“. Man müsse auch an die Schwachen denken, die angesichts der Gefahren, die von dem Virus ausgehen, ihre Freiheit nicht wahrnehmen könnten. Sie gelte es zu schützen, indem man sich selbst zurückhalte.

Das Ausmaß der wirtschaftlichen Einbußen, die die Corona-Pandemie mit sich bringen wird, lässt sich noch nicht seriös beziffern. Der Bundestag hat bereits zahlreiche Rettungsschirme für die Wirtschaft, das Gesundheitssystem und die Familien aufgespannt und plant weitere Hilfsmaßnahmen. Brinkhaus erinnerte daran, dass sie irgendwann bezahlt werden müssen. Daher dürfe man „nicht Maß und Mitte verlieren“. Für die Unionsfraktion betonte er: „Wir verstehen uns als

Hüter der fiskalischen Solidität auch in Zeiten der Krise.“ Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eckhardt Rehberg, pflichtete ihm bei. Niemand könne davon ausgehen, dass die Einnahmesituation des Bundes nach Corona so sein werde wie zuvor.

Merkel und Brinkhaus erklärten sich zutiefst solidarisch mit den EU-Ländern, die von der Coronavirus-Pandemie besonders betroffen sind. Der Europäische Rat wollte in einer Videokonferenz am Donnerstagmittag ein Hilfspaket über 500 Milliarden Euro beschließen, das den betroffenen Staaten, den notleidenden Unternehmen und den Kurzarbeitern zugutekommen soll. Außerdem ist ein Wiederaufbaufonds für die Zeit nach Abebben der Pandemie geplant.

Details und Umfang dieses Fonds seien noch nicht klar, sagte die Kanzlerin. Doch müsse man bereit sein, „im Geiste der Solidarität deutlich höhere Beiträge zum europäischen Haushalt zu leisten, denn wir wollen, dass sich alle wieder erholen können“. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt forderte in dem Zusammenhang ein „Innovationspaket“ für Europa. „Wir wollen nicht nur glimpflich aus der Krise herauskommen, sondern runderneuert“, sagte er mit Blick auf die Digitalisierung und andere innovative Branchen. ■

Koalitionsausschuss einigt sich auf weitere Hilfsmaßnahmen

Demnach soll etwa das Arbeitslosengeld I ausgeweitet werden. Arbeitsuchende, deren Bezug von Arbeitslosengeld I zwischen dem 1. Mai und dem 31. Dezember enden würde, erhalten die Leistungen drei Monate länger. Das Kurzarbeitergeld soll gestaffelt auf bis zu 80 % des Nettogehalts erhöht werden. Gastronomiebetriebe sollen befristet vom 1. Juli 2020 bis zum 30. Juni 2021 von einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von

sieben Prozent auf Speisen profitieren.

Mit einem 500 Millionen schweren Sofortausstattungsprogramm unterstützt der Bund die Länder beim Ausbau des digitalen Unterrichts zu Hause. Bedürftige Schüler können mit einem einmaligen Zuschuss von 150 Euro zur Anschaffung entsprechender Endgeräte rechnen und Schulen können ihr online-Lehrangebot besser ausgestalten. ■

Abgeordnete verzichten auf Erhöhung ihrer Diäten

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags verzichten angesichts der Corona-Pandemie auf die automatische Erhöhung ihrer Vergütung. Das Gesetz soll noch im Mai verabschiedet werden.

Am Donnerstag wurde das Gesetz ohne Debatte ins Plenum eingebracht, Anfang Mai soll es verabschiedet werden. Die „Nullrunde“ gilt damit als sicher, zumal sich alle Fraktionen dieser Initiative anschließen.

Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus betont: "Mehr

Geld für Politiker, also höhere Diäten am 1. Juli - das wäre kein gutes Zeichen. Wir Politiker können nicht weitermachen wie bisher, während viele Menschen in Kurzarbeit gehen oder ihren Job verlieren."

Zu Beginn der Legislaturperiode hatten die Parlamentarier mehrheitlich beschlossen, die Vergütung an die Lohnentwicklung anzupassen. Dies hätte in diesem Jahr eine Erhöhung um 2,6 Prozent bedeutet. Grundsätzlich orientieren sich Diäten an den Einkommen von Bundesrichtern. ■